

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft
und Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiterin: Frau Kessel
Wiesbaden, 1/15/2004 12:07:00 PM

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Mittwoch, 21.01.2004, um 18.00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

Tagesordnung

04-F-24-0001

Geplanter Teilabzug des BKA
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.01.2004

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung mögen beschließen:

1. Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung lehnen den Plan von Bundesinnenminister Otto Schily ab, sämtliche operativen und ermittlungsunterstützenden Organisationseinheiten des Bundeskriminalamtes, die bisher unter anderem in Wiesbaden ansässig waren, in Berlin zu konzentrieren.
2. Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung verurteilen es als untragbar, dass eine solch weitreichende Entscheidung wie der Teilabzug des BKA ohne vorherige inhaltliche Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern der Landeshauptstadt Wiesbaden getroffen und über die Presse publik gemacht wird.

3. Der Magistrat wird gebeten, weiterhin alles in seiner Macht stehende zu tun, um sich für den Erhalt des BKA in Wiesbaden einzusetzen.
Insbesondere wird der Magistrat gebeten, zusammen mit Vertretern des Gesamtpersonalrates, des Personalrates Wiesbaden des BKA sowie der Gewerkschaft der Polizei die Interessen der BKA-Mitarbeiter zu vertreten.

Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit der Hessischen Landesregierung und den Landtagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen zu verhindern, dass der Föderalismus durch die geplante Konzentration des BKA in Berlin weiter geschwächt wird.

Die Bundestagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich der Deutsche Bundestag kritisch mit den Konsequenzen einer BKA-Verlagerung auseinandersetzt.

Die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Frau Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul wird gebeten, die Umzugspläne im Bundeskabinett weiterhin kritisch zu hinterfragen und auf eine Korrektur der Entscheidung des Bundesinnenministers hinzuwirken.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung tagt gemeinsam mit dem Ältestenausschuss.
--

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Winkelmann
Vorsitzender